



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

93. Sitzung (öffentlich)

9. Februar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 13:02 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	6
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
2	Entwicklungen in der Tourismuswirtschaft im Land Nordrhein-Westfalen (Präsentation s. Anlage 1)	14
	– Bericht Tourismus NRW e. V.	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

3 Gesundheitsschutz statt Fake-Klimaschutz – Die Gefahr schwingt in der Luft – Sofortiges Moratorium für Windindustrieanlagen 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13762

Stellungnahme 17/4133
Stellungnahme 17/4143
Stellungnahme 17/4244
Stellungnahme 17/4245
Stellungnahme 17/4247

Ausschussprotokoll 17/1521 (Anhörung vom 01.09.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Ausbau des Fernwärmenetzes ohne fossile Energieträger – Investitionen ins Nichts? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]) 28

Vorlage 17/6292

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

5 Lässt der Kohleausstieg die Netzentgelte für die Industrie im Umfeld der abgeschalteten Kraftwerke steigen? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 3]) 30

Vorlage 17/6289

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 6 Auf welcher Grundlage wird der neue Hauptbetriebsplan Garzweiler zugelassen?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **32**

Vorlage 17/6409

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 7 Landesregierung darf Klimaschutz bei Gebäuden nicht weiter liegen lassen** **36**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15448

Stellungnahme 17/4744
Stellungnahme 17/4745
Stellungnahme 17/4756
Stellungnahme 17/4762
Stellungnahme 17/4764
Stellungnahme 17/4765
Stellungnahme 17/4775

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

- 8 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts** **37**

Vorlage 17/6411

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt das Benehmen her.

9 Entwicklungen zur Sperrung der Rahmede-Brücke auf der A 45 (*Bericht
auf Wunsch der Landesregierung*) **38**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

10 Verschiedenes **41**

– keine Wortbeiträge

* * *

3 **Gesundheitsschutz statt Fake-Klimaschutz – Die Gefahr schwingt in der Luft – Sofortiges Moratorium für Windindustrieanlagen**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13762

Stellungnahme 17/4133
Stellungnahme 17/4143
Stellungnahme 17/4244
Stellungnahme 17/4245
Stellungnahme 17/4247

Ausschussprotokoll 17/1521 (Anhörung vom 01.09.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 21.05.2021)

Christian Loose (AfD) kommt auf das unanfechtbare Urteil des französischen Gerichts zum Infraschall zu sprechen. Das Gericht habe Veränderungen des Gesundheitszustandes durch tieffrequenten Schall und Infraschall festgestellt, der von Windindustrieanlagen ausgehe. Das Gericht habe den Klägern, die in der Nähe von sechs Windindustrieanlagen wohnten, recht gegeben und festgestellt, dass der Betrieb der Anlage in einer Entfernung von 700 bis 1.300 m zu Veränderungen des Gesundheitszustandes geführt habe. Das Berufungsgericht habe nach entsprechender Überprüfung in seinem Urteil ausgeführt, die Kläger litten unter dem tieffrequenten Schall und auf Infraschall zurückzuführenden sogenannten Windturbinensyndrom. Es habe den Klägern einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 128.000 Euro zugesprochen.

Die Folgen der hiesigen Fokussierung auf Windindustrieanlagen habe der Experte Herr Brinkmann in der Anhörung anschaulich dargestellt. Das Paderborner Land sei zu einer Industrielandschaft gemacht worden. Dort gebe es das größte zusammenhängende Band an Windindustrieanlagen von – so Herr Brinkmann – 50 km. Rechne man je 1.000 m Abstandsfläche nördlich und südlich hinzu, sei damit eine unbewohnbare Zone von 100 qm² entstanden. Der Flächenfraß von Windenergieanlagen sei unfassbar groß, aber kurioserweise gerade den Grünen egal.

Die meisten Experten hätten einen großen Bogen um das Phänomen des gepulsten Infraschalls gemacht. Lediglich Herr Dr. Friesen habe das Problem offen angesprochen und für alle nachvollziehbar dargestellt sowie die Schwächen der TA Lärm offenbart. Sie sei überaltert und lasse den Infraschall außen vor, der unter 8 Hz liege.

Die von der AfD geforderte Bundesratsinitiative zur Überarbeitung der TA Lärm sei genauso unerlässlich wie die Bereitstellung von Forschungs- und Fördermitteln zur Untersuchung der Gesundheitsgefahren und Risiken durch Infraschall.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) sieht in dem Antrag einen erneuten untauglichen Versuch, die Windkraft zu diskreditieren. Das habe auch die Anhörung gezeigt. Nach Auffassung der meisten Sachverständigen führe der Antrag nicht weiter. Laut Dr. Holzheu habe er keine wissenschaftliche Grundlage. Auch andere Experten seien zu dem Schluss gekommen, dass Windkraft nicht die von der AfD-Fraktion unterstellte Wirkung. Herr Sondershaus stelle fest, das sogenannte Windturbinensyndrom sei keine medizinische Diagnose; es gebe dagegen psychologische Auswirkungen: Ärger man sich über eine Windkraftanlage, fühle man sich durch sie belästigt.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) stört sich an der Vorgehensweise der AfD bei der Thematik. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünsche sich eine Energiewende. Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels sei die Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen. Akzeptanz könne nur mit vernünftigen Argumenten erreicht werden. Dazu gehöre, nicht um jeden Preis und an jeder Stelle ein Windrad zu bauen. Akzeptanz müsse aber auch über Abstandsregelungen geschaffen werden. Solche Argumente seien nachvollziehbar, während die AfD-Fraktion versuche, ihre Ziele mit weit hergeholtten Argumenten zu erreichen. Das schade der Diskussion und führe nicht weiter.

Wibke Brems (GRÜNE) hebt hervor, ein Gerichtsurteil bewiese keine wissenschaftlichen Erkenntnisse. Hier würden krude Behauptungen ins Feld geführt, die keiner wissenschaftlichen Grundlage für eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Infraschall von Windenergieanlagen standhielten.

Laut Dr. Sudhaus von der Fachagentur Windenergie gehe von Windenergieanlagen eine Infraschallemission aus, die aber nach den Erkenntnissen weit unter der menschlichen Wahrnehmungsschwelle liege. Bekannt sei nur, dass er oberhalb der Wahrnehmungsschwelle Einfluss auf die Gesundheit habe.

Ein weiterer Experte habe darauf hingewiesen, die ankommenden Infraschallpegel seien zu schwach, um eine gesundheitliche Beeinträchtigung auszulösen. Dies belegten Studien aus der Arbeitsmedizin.

Dietmar Brockes (FDP) betont, die AfD-Fraktion verweigere sich der Herausforderung des Klimaschutzes und der Zukunft und betreibe stattdessen seit Beginn der Legislaturperiode eine Nostalgiepolitik. Die FDP stelle sich dagegen den Herausforderungen und nehme die Menschen bei der Gestaltung der Energiewende.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.